



Änderungsantrag

der Piratenfraktion

Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt – gegen politische Instrumentalisierung der Kölner Vorgänge

Drucksache 18/ 3728

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist entsetzt über die Vielzahl sexueller Übergriffe insbesondere gegen Frauen bei Großveranstaltungen und drückt allen Opfern sein Mitgefühl aus.

1. Sexualisierte Gewalt ist ein schwerer Eingriff in die Grundrechte. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt Gewalt in jeder Form – bei sexualisierter Gewalt gilt null Toleranz.

Derartige Taten müssen schnellstmöglich aufgeklärt und die Täter konsequent bestraft werden. Die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass nichts verharmlost wird und es volle Transparenz über die Umstände und die Tathergänge gibt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass es zunehmend Menschen gibt, die Ängste und Befürchtungen äußern, Opfer sexueller Gewalt im öffentlichen Raum zu werden und sich in ihrer persönlichen Freiheit dadurch stark beeinträchtigt sehen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, Sicherheitskonzepte auch in Schleswig-Holstein zu überprüfen und dem Landtag darüber zu berichten. Dabei gilt es

zu berücksichtigen, welche Konzepte die Polizei in Schleswig-Holstein gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum hat und ob diese angesichts der weiten Verbreitung gerade bei Großveranstaltungen überprüft und verbessert werden müssen.

2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wendet sich gegen jede Vorverurteilung oder einen Generalverdacht gegen einzelne Bevölkerungsgruppen. In unserem Rechtsstaat ist jeder vor dem Gesetz gleich. Und deshalb gilt: Straftaten werden – ohne Ansehen der Person – verfolgt und bestraft.

3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wendet sich gegen eine politische Instrumentalisierung der Straftaten aus der Silvesternacht in Köln. Die Versuche insbesondere rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Gruppierungen, aber auch anderer Parteien, anhand der Gewalttaten in der Silvesternacht davon abzulenken, dass Gewalt und sexuelle Übergriffe vor allem gegen Frauen ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen, weist der Landtag zurück. Unsere Solidarität gilt all denen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend in Deutschland Schutz suchen. Sie haben es nicht verdient, in Misskredit gebracht zu werden.

Jeden Bezug zu Flüchtlingen und Asylbewerbern lehnt der Schleswig-Holsteinische Landtag ab als rechtspopulistischen Versuch, die Opfer sexueller Übergriffe und Gewalt politisch zu instrumentalisieren, um die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Rechtsstaates in Zweifel zu ziehen. Das lassen wir nicht zu. Der Landtag bekräftigt das Vertrauen der demokratischen Parteien in die Handlungsfähigkeit unserer Justiz, die Bevölkerung wirksam vor Kriminalität zu schützen.

Torge Schmidt
und Fraktion